

Workshop:

Drogenmorde und Kriegsrecht: *Ursachen und Folgen von Populismus, Autokratiestreben und Missachtung von Menschenrechten in den Philippinen*

Jahrestagung AG Eine-Welt Gruppen im Bistum Münster
und in der Evangelischen Kirche von Westfalen
„Menschen haben Rechte – Situation und Perspektiven“
Schwerte, 13.1.2018

(Elmar Noé, MISEREOR, Fachreferent für zivilgesellschaftliche Partizipation)



Republika ng Pilipinas

Republic of the Philippines

Republik der Philippinen

Staatsform: Präsidialrepublik
Staatsgebiet: 299.764 km² (84 % von Deutschland)
Geographie: Ca. 7100 Inseln (ca. 800 bewohnt, 11 = 92 % Fläche),
 34.600 km Küste)
Bevölkerung: 102.624.209 Einwohner (Stand 2016, 126 % von D)
Bev. Wachstum: 1,6 %, Geburtenrate 2,4 % (Vgl. Indonesien 1,3%/1,6%)
Ethnien: 10 % indigene Bevölkerung, 2 Staatssprachen, 5
 Hauptsprachen, ca. 175 indigene Sprachen/Dialekte.
Religion: 80,6 % Katholiken, 13,5 % sonstige Christen (UCCP,
 etc.), 2,8 % Iglesia ni Cristo, 5,6 % Muslime
Armutsrage: 21,6 % (2015), Armut = 60 Php (1 EUR) pro Tag
HDI: Rang 115 (188 erfasste Staaten, 2015)
Migration: Geschätzt 10 Mio. im Ausland arbeitende.
 Rücküberweisungen = 15 % des BSP.
Flucht: 500.000 Binnenflüchtlinge (2015). Davon 95.000 durch
 Konflikt in Muslim-Mindanao



Geschichte:

- 1521: Landung Magellan, Beginn spanische Kolonisierung
- 1898: Spanien tritt Philippinen an USA ab
- 1942: Japanische Besatzung
- 1945: Japanische Kapitulation
- 1946: Unabhängigkeit
- 1947: Stützpunktvertrag mit den USA
- 1965: Wahl Ferdinand E. Marcos zum Präsidenten
- 1969: Gründung der New People's Army (NPA) → kommunistische Rebellion.
Gründung der Moro National Liberation Front (MNLF) → muslimischer Aufstand in Teilen Mindanaos
- 1972: Verhängung des Kriegsrechts (1981 aufgehoben, durch präsidentiale Vollmachten ersetzt → Diktatur)
- 1977: Gründung Moro Islamic Liberation Front (MILF)
- 1986: EDSA Revolution, Sturz Marcos
- 1987: Neue Verfassung
- 2008: Erstes Friedensabkommen mit MILF scheitert → Gewalteskalation
- 2012: Friedensvertrag mit MILF unterzeichnet
- 2013: Taifun Hayjan (lokal: Yolanda)
- 2016: Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen mit CPP/NPA/NDF
Belagerung von Marawi
Kriegsrecht in Mindanao
- 2017: Stopp der Friedensgesprächen mit NPA/ CPP, Verlängerung des Kriegsrechts



Politik:

- Bei der **Präsidentschaftswahl am 9. Mai 2016** siegte mit **Rodrigo Duterte** zum ersten Mal ein Kandidat, der nicht von der Hauptinsel Luzon stammt.
- In der parallel abgehaltenen separaten **Wahl zur Vizepräsidentschaft** konnte sich indes die LP-Bewerberin Leni Robredo gegen ihren schärfsten Widersacher, den Diktatorensohn Ferdinand „Bongbong“ Marcos Jr., knapp durchsetzen.
- Duterte hatte im Mai 2015 öffentlich angekündigt, er werde die **Todesstrafe wieder einführen** und bis zu 100.000 Kriminelle töten lassen, sollte er zum Präsidenten gewählt werden.
- Nach seinem Amtsantritt forderte er die philippinischen Bürger auf, ihnen bekannte **Drogenhändler und -süchtige umzubringen**. Bis Jahresende 2017 wurden daraufhin mehr als 16.000 Menschen ohne Gerichtsverfahren von Polizei und Bürgerwehren ermordet.
- Duterte hat zudem angekündigt, das **Land mittels Verfassungsreformen umzugestalten** (u. a. Einführung föderaler Strukturen, Machterweiterung der Exekutive).
- Außenpolitisch enge wirtschaftliche und sicherheitspolitische **Zusammenarbeit mit der VR China sowie Russland** aufgebaut bzw. ausgebaut.



Politik (Forts.):

- Nach der Wahl 2016 **wechselten die meisten Abgeordneten in das Lager des neuen Präsidenten**. Anfang 2017 hatte dessen Partei nahezu 100 Repräsentantenhaus-Mitglieder, obwohl sie im Mai 2016 nur drei Sitze gewonnen hatten. Aktuell unterstützen über 80 % der Abgeordneten das Duterte Lager.
- 1994 wurde die lt. Verfassung von 1987 abgeschaffte Todesstrafe für bestimmte Verbrechen (u. a. Mord, Entführung, Hochverrat) wieder eingeführt. Nach einem Hinrichtungsmoratorium 2002 wurde die **Todesstrafe 2006 erneut abgeschafft** (für alle Straftaten). 2017 führte zivilgesellschaftlicher Protest dazu, dass der Antrag auf **Wiedereinführung für Drogendelikte** nicht weiter im Parlament besprochen wurde. Aktuell wird der Antrag erneut diskutiert.
- Ende 2017 kündigt Duterte an, dass er ein „**Revolutionary Government**“ ausrufen wird, wenn er sein Föderalismusreformpläne, den Krieg gegen die Drogen und den Kampf gegen die NPA nicht erfolgreich und ungestört zu ende bringen kann.



Menschenrechte:

- Seit etwa 2005 häuften sich unter Präsidentin Gloria Macapagal-Arroyo **Fälle ungeklärter („extralegalere“) Tötungen** von Menschenrechts- und Basisaktivisten, Gewerkschaftern, Mitgliedern linker Parteien sowie Journalisten, aber auch von (teils vermeintlichen) Kriminellen.
- Der Sonderberichterstatter der UN Menschenrechtskommission warf der philippinischen Armee nach einer Untersuchung der Lage 2008 vor, für einen Großteil der Morde verantwortlich zu sein, die zumindest teilweise mit der Aufstandsbekämpfungsstrategie des Militärs zusammenhängen.
- Zwischen 2008 und 2016 ging die Zahl der extralegalen Tötungen zurück, **Menschenrechtsaktivisten** wurden aber **weiter verfolgt (willkürliche Anklagen und Verhaftungen)**, zumeist im Kontext und unter dem Vorwurf von Unterstützung bewaffneter linker Gruppen oder im Umfeld wirtschaftlicher Aktivitäten wie Bergbau und Plantagenwirtschaft oder bei der Einforderung von Landrechten.
- Mit dem sog. **Krieg gegen die Drogen** bekommt der Begriff extralegalen Tötungen eine zusätzliche Bedeutung und eine neue Dimension. 16.000 Ermordete in 20 Monaten!
- Beim **universellen Überprüfungsverfahren vor dem UN Menschenrechtsrat 2017** weisen die Philippinen 154 von 257 Empfehlungen zurück, darunter alle zu sog. Krieg gegen Drogen.



Menschenrechte:

- Die Zahl der **ermordeten Journalisten** auf den Philippinen ist auch im internationalen Maßstab sehr hoch (allein 2015 sieben Morde an Journalisten; davon nachweislich mind. Drei wegen ihrer journalistischen Tätigkeit). Die geringe Aufklärungsquote lässt die Täter in der Regel straffrei ausgehen. Präsident Duterte äußerte hierzu die Meinung, dass einige der ermordeten Reporter den Tod durchaus verdient hätten und dass er kein großer Freund der Medienfreiheit sei. Reporter ohne Grenzen führen die Philippinen in ihrer Rangliste der Pressefreiheit 2016 auf Platz 138 von 180 erfassten Ländern.
- **Kritische PolitikerInnen oder VertreterInnen zivilgesellschaftlicher Organisationen** werden verleumdet, kritische Meinung in sozialen Medien zieht Shitstorms nach sich, Verleumdungsklagen nehmen zu. KritikerInnen werden als Entwicklungs- und Gesellschaftsfeindlich diffamiert und in Zusammenhang mit Drogengeschäften gebracht.
- Im Februar 2017 wird die Duterte Kritikerin und ehemalige Justizministerin Leila de Lima wegen Vorwürfen von Drogendelikten angeklagt und inhaftiert.
- Nach Ende der Friedensverhandlungen mit der NPA werden ältere **Anti-Terrorgesetzgebungen** reaktiviert um unspezifisch möglichen Unterstützern der Linken zu drohen.



Gewaltkonflikte und Friedensprozesse:

- Die **philippinische Armee** hat 125.000 Soldaten (Deutschland: 104.000). Die Armee wird fast ausschließlich im Inland zur Aufstandsbekämpfung eingesetzt. Weitere 40.500 Angehörige paramilitärischer Verbände und 62.000 Hilfspolizisten sind ebenfalls staatlichen Stellen unterstellt.
- Die AFP wird von einer großen Zahl US-Soldaten als Militärberater unterstützt, vor allem in Mindanao (ca. 500-600).
- Die wichtigsten **Rebellengruppen** sind im muslimischen Teil **Mindanaos**:
Bangsamoro Islamic Armed Forces (BIAF) als bewaffneter Arm der MILF (rd. 11.000 Kämpfer), Abu Sayyaf Group (ASG), Bangsamoro Islamic Freedom Fighters (BIFF).
- Der 2012 begonnen **Friedensprozess mit der MILF** wird unter Duterte weitergeführt, es gibt aber zunehmend Zweifel an der Ernsthaftigkeit.
- **Belagerung und gewaltsame Befreiung der Stadt Marawi** in 2017 führte zu 400.000 Binnenflüchtlingen und gab Anlass für Verhängung des Kriegsrechts in Mindanao.



Gewaltkonflikte und Friedensprozesse:

- Der Kampf **marxistisch-kommunistischer Gruppen** gegen die Regierung wird von der New People's Army (NPA, ca. 4.000 Kämpfer) dominiert. Es gibt viele Splittergruppen.
- Unter Duterte wurde ein **vielversprechender Friedensprozess** mit guten Fortschritten in mehreren Verhandlungsrunden begonnen. Aus Frustration über Militäraktionen der NPA hat die Regierung Duterte diese **Verhandlungen** gegen den Rat der Verhandlungsdelegationen **abgebrochen** und nun eine **großangelegte** militärische, rethorische und juristische **Offensive gegen NPA, CPP und deren tatsächliche oder vermeintliche Unterstützer** gestartet.



